

Wer darf mitbestimmen? Überlegungen zum Stimm- und Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten



Zur aktuellen Rechtslage

Nationale Ebene: Das Stimm- und Wahlrecht ist i.d.R. an die Staatsbürgerschaft und der Zugang zur Staatsbürgerschaft für Migrantinnen und Migranten an anspruchsvolle Bedingungen (Standardbedingungen) geknüpft.

Zur aktuellen Rechtslage

Schweiz (ordentliche Einbürgerung)

- Retrospektive Aufenthaltsdauer (10 Jahre)
- Niederlassungsbewilligung (5 Jahre)
- Integration: Kenntnisse einer der Landessprachen; Beachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Respektierung der Werte der Bundesverfassung; Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung; Förderung der Integration der Nahestehenden
- Vertrautsein mit den Schweizer Lebensverhältnissen
- Keine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit

Zur aktuellen Rechtslage

Nationale Ebene: Das Wahl- und Stimmrecht ist i.d.R. an die Staatsbürgerschaft und der Zugang zur Staatsbürgerschaft für Migrantinnen und Migranten an anspruchsvolle Bedingungen (Standardbedingungen) geknüpft.

Subnationale Ebene: Auf subnationaler Ebene (vor allem kommunaler Ebene) ist in einigen Ländern (teilweise) Ausländerstimm- und Wahlrecht eingeführt.

Schweiz: Auf kantonaler Ebene und auf Gemeindeebene kann das Stimm- und Wahlrecht an Ausländerinnen und Ausländer vergeben werden. Dies ist in begrenztem Umfang umgesetzt und i.d.R. an eine minimale Aufenthaltsdauer und/oder eine Niederlassungsbewilligung geknüpft.

Wer gehört zum Demos?

Ein erster Vorschlag: Es ist Sache des Wahlvolkes zu bestimmen, wer unter welchen Bedingungen und in welchen Abstimmungen und Wahlen Mitspracherecht erhält.

Aber: Demokratie erfordert nicht nur gewisse demokratische Prozesse, wie gleiches und freies Stimm- und Wahlrecht, sondern auch ein richtig zusammengesetztes Wahlvolk, das heisst ein Wahlvolk, das all diejenigen umfasst, die einen Anspruch auf Mitbestimmung haben.

Wer gehört zum Demos?

Das Prinzip der Autoritätsunterworfenheit: All diejenigen gehören zum Demos, die der Autorität des jeweiligen Staates in relevanter Weise unterworfen sind. Unter «staatlicher Autorität» wird die Gesamtheit der Gesetze und Entscheidungen eines Staates verstanden.

Überzeugende Grundidee: Zwangsunterworfenheit erfordert gemeinsame Beschlussfassung.

Diskussion: Umstritten ist der erforderte Umfang der Autoritätsunterworfenheit.

Bedeutung für das Stimm- und Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten?

Allgemein: Migrantinnen und Migranten, die in relevanter Weise der Autorität eines Staates unterworfen sind, gehören zum Demos und haben einen moralischen Anspruch auf Stimm- und Wahlrecht.

Aufenthalt: Für relevante Autoritätsunterworfenheit ist nicht die Zeitdauer, die man bereits in einem Land gelebt hat, sondern die Zeit, die man in einem Land erwartbar leben wird, ausschlaggebend.

Weitere Standardbedingungen: Autoritätsunterworfenheit hängt nicht von gelungener Integration, von Kenntnissen der Lebensbedingungen oder dem Gefährdungspotential ab.

- Die Standardbedingungen lassen sich nicht verteidigen.
- Die Beweislast liegt bei denjenigen, die die Standardbedingungen verteidigen möchten.

Zusatzbedingungen?

Ein Verteidigungsversuch: Die Standardbedingungen sollen sicherstellen, dass Migrantinnen und Migranten über die für eine Abstimmung oder Wahl einschlägigen Fähigkeiten verfügen.

Gleichbehandlung: Staatsbürgerinnen und Staatsbürger erhalten das Stimm- und Wahlrecht unabhängig von der Erfüllung der Standardbedingungen und es lässt sich kein Unterschied zwischen Staatsbürger*innen und Migrant*innen ausmachen, der diese Ungleichbehandlung rechtfertigen könnte.

Einschlägige Fähigkeiten: Die Standardbedingungen fordern Fähigkeiten, die für das Abstimmen und Wählen nicht prinzipiell, sondern, wenn überhaupt, nur aufgrund der Umstände notwendig sind (Beispiel: Sprachkenntnisse, retrospektive Aufenthaltsdauer). Von solchen Fähigkeiten darf das Stimm- und Wahlrecht nicht abhängig gemacht werden.

Handlungsbedarf?

Staaten müssen handeln, weil sie ansonsten

- ein weitreichendes Demokratiedefizit haben und
- einen beträchtlichen Teil der Menschen, die ihrer Autorität unterworfen sind, die geforderte Gleichbehandlung und damit den geforderten Respekt verweigern.

Was wäre zu tun?

Allgemeine Forderung: Sofern Migrantinnen und Migranten die Bedingung der Autoritätsunterworfenheit erfüllen, müssen sie zur Wahl zugelassen werden.

Zwei Möglichkeiten: Entweder ist das Stimm- und Wahlrecht von der Staatsbürgerschaft zu trennen und zumindest das Wahlrecht unter den geforderten Bedingungen zu vergeben, oder das Stimm- und Wahlrecht wird weiterhin als Kernbestandteil der Staatsbürgerschaft behandelt und die Staatsbürgerschaft unter den geforderten Bedingungen vergeben.